

## PRESSEMITTEILUNG

03/07

Datum: 21.02.07

### **Der Studentenrat verurteilt erneute BAföG-Nullrunde**

Der Studentenrat der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg bringt kein Verständnis für die erneute Nullrunde bei der staatlichen Ausbildungsförderung auf. Durch stetige Inflationsraten sind die Lebenshaltungskosten in den letzten 5 Jahren gestiegen, die BAföG-Sätze jedoch nicht. Insbesondere Einkommensschwache Familien sind von der Entscheidung der Bundesregierung betroffen.

Die Mitglieder des Studentenrates sind bestürzt. So ist Till Leber (Hochschulgruppe Universell) der Meinung, dass man die BAföG-Sätze generell anheben sollte: „Da unter anderem Studiengebühren drohen, beziehungsweise in anderen Bundesländern bereits erhoben wurden.“

Die Bundesbildungsministerin Annette Schavan (CDU) begründete die erneute Nullrunde mit dem „wichtigen Ziel der Haushaltskonsolidierung“. Christian Gräfenhain (Juso-Hochschulgruppe): „Die Juso-Hochschulgruppe lehnt das Sparen auf dem Rücken der Studierenden ab. Immer mehr Studierende müssen neben dem Studium arbeiten um sich ihren Lebensunterhalt zu finanzieren; das aktuelle BAföG reicht nicht aus.“

Der Studentenrat begrüßt den Kinderbetreuungszuschlag von 113 Euro im Monat. Die Bildungsministerin kommt mit dieser Entscheidung den Forderungen von Hendrik Ritter (Liberaler Hochschulgruppe) nach. Ritter merkt jedoch an, dass dieser Zuschlag die Verluste vieler Studierender Eltern durch die Einführung des Elterngeldes nicht ausgleichen kann. Die andere Seite der Medaille zeigt aber, dass es die Bundesbildungsministerin nicht ernst gemeint hat mit ihrer „Erneuerung“, da nach einer Übergangszeit der bisherige Teilerlass der Darlehensschuld für BAföG-Empfänger mit Kindern entfallen soll.

Der Studentenrat befürwortet die Verbesserungen für Studierende mit dauerhafter Bleiberechtigkeitsperspektive, was insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund betrifft, da deren Eltern jetzt nicht mehr mehrere Jahre in Deutschland arbeiten müssen.

Die Mitglieder des StuRa befürworten auch, dass die Studenten, die ihr Hochschulstudium vollständig in anderen EU-Staaten absolvieren, Anspruch auf BAföG erhalten sollen. Die Ausbildung musste bislang in Deutschland angefangen werden.

Dennoch wurden wichtige Weichen nicht gestellt. So sollten die Bedarfsätze und Freibeträge angehoben werden, stattdessen darf man ab sofort 400 Euro dazu verdienen, was mit einem Vollzeitstudium kaum möglich sein wird. „Die vorgenommenen Veränderungen scheinen einem Paradoxon zu gleichen: So führt man erst verschulte Bachelor- und Masterstudiengänge ein, um dann einen Verweis von Schavan zu erhalten, auf andere Studienfinanzierungsmöglichkeiten. Das ist eine Farce.“, so Nadine Schildhauer (Grüne Hochschulgruppe).

**Studentenrat der Otto-von-Guericke Universität Magdeburg**

Nadine Schildhauer

Sprecher für Öffentlichkeitsarbeit